

**Henning Otte**

- (A) Der IS-Terror hat eine ganze Region mit Gewalt überzogen. Nicht durch Schweigen, sondern durch Handeln muss man sich diesem Terror entgegenstellen. Das Recht darf dem Unrecht nicht weichen. Wir sagen: Wir müssen auch dort handeln, wo Konflikte entstehen, und wir müssen uns den Konflikten dort entgegenstellen, damit sie nicht zu uns kommen und auch hier Frieden und Sicherheit bedrohen.

Wir als Deutschland stellen uns dieser Verantwortung. Der Philosoph Georg Picht hat einmal gesagt:

Wer die Verantwortung in der Welt bejaht, darf sich der Last, die sich daraus ergibt, nicht entziehen.

Deutschland steht ein für Rechtsstaatlichkeit, für Frieden und für Sicherheit.

Allein in meinem Wahlkreis leben viele Jesiden, deren Angehörige dem Terror ausgesetzt waren und Opfer dieses Terrors geworden sind. Ob im Sindschar, in Aleppo oder in Mossul – viele Menschen waren betroffen und mussten ihre Heimat verlassen. Es geht deshalb darum, dass wir weiter einen erfolgreichen Beitrag leisten und diese Auslandseinsätze der Bundeswehr umsetzen, damit der Terror eingedämmt wird. Der beharrliche Einsatz der Gemeinschaft hat gezeigt: Der Terror kann zurückgedrängt werden, der Terror kann zerschlagen werden, die Struktur und die Organisation des Terrors werden beseitigt. Deswegen ist dieser erfolgreiche Kampf gegen den IS so wichtig. Es gilt, ihn weiter zu führen, zu sichern und zu verstetigen, damit der Terror besiegt werden kann – auch für die Sicherheit unseres Landes.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir leisten Beiträge für Stabspersonal, für Marineeinheiten und für Luftaufklärung – auch mit unseren Recce-Tornados –, damit wir ein Gesamtbild über das Gebiet des IS-Terrors bekommen. Ich kann deutlich sagen, dass auch die AWACS-Flüge im NATO-Verbund einen wichtigen Beitrag zur Luftaufklärung und zum Luftlagebild leisten. Wir haben uns am Standort Konya als Fachpolitiker überzeugen können, dass dieser Einsatz notwendig ist und dass es unseren Soldaten dort gut geht. Auch am neuen Standort al-Azraq in Jordanien sind unsere Soldaten im Einsatz.

Frau Dağdelen, ich kann Ihnen sagen: Es ist dort ein Truppenstatut gegeben. Unsere Bundesverteidigungsministerin hat sich dafür eingesetzt. Ich würde Sie herzlich bitten, dies auch zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Kein Konflikt kann allein militärisch gelöst werden. Wir brauchen einen vernetzten Ansatz: diplomatische, aber auch zivile Wege. Deswegen nimmt Deutschland im Zivilen, beim internationalen Aufbau, auch eine ganz wichtige Rolle ein. Ich danke allen Soldatinnen und Soldaten und auch allen zivilen Kräften, die hierzu einen Beitrag leisten, damit wir Sicherheit in dieser Region

produzieren können – auch für unser Land. Ein herzliches Dankeschön dafür! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage abschließend: In diesen turbulenten Zeiten ist es für uns von herausragender Bedeutung, dass wir in ein Wertebündnis eingebunden sind und dass wir für den Frieden in der Welt und den Zusammenhalt in Europa eintreten. Für diese Sicherheit und Stabilität steht die Union, die CDU/CSU, mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Mandat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Bevor ich die Aussprache schließe, Frau Kollegin Dağdelen, muss ich darauf zurückkommen, dass das Zeigen einer Fahne vom Rednerpult aus zumindest unparlamentarisch ist. Das hätte nicht sein müssen.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Anschauung!)

– Ich rüge es als unparlamentarisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Damit schließe ich die Aussprache. (D)

Interfraktionell ist die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/23 an den Hauptausschuss vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe von der AfD: Nein!)

– Dann muss ich darüber abstimmen lassen. Wer ist für die Überweisung an den Hauptausschuss? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei Gegenstimmen der AfD und Zustimmung der anderen Fraktionen so beschlossen.

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan**

**Drucksache 19/21**

Überweisungsvorschlag:  
Hauptausschuss

Das Wort hat der Bundesminister des Auswärtigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Sigmar Gabriel**, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg, Frau Dağdelen. Sie haben nicht genau gesagt, um wen es Ihnen ging. Nur damit es keine Missverständnisse gibt: Die PKK ist in diesem Land deshalb verboten, weil sie hier in diesem Land Nötigung, Erpressung, Drogenhandel, Menschenhandel und all das betrieben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Es geht um die YPG!)

– Sie haben ja nicht genau gesagt, wen Sie meinen.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Das war eindeutig!)

Sagen Sie doch nächstes Mal einfach klar, wen Sie meinen. Diese Organisation ist hier verboten, weil sie sich in diesem Land so verhalten hat, dass man sie besser verbieten sollte.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Herr Gabriel!)

Wenn die deutsche Polizei gegen das Zeigen dieser Fahnen und die Leute, die diese Organisation führen, vorgeht, dann sichert die deutsche Polizei die Durchsetzung von Recht und Gesetz in diesem Land. Nichts anderes tut sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch!)

(B)

Ich wollte das nur klarstellen, weil wir in anderen Beziehungen darauf angewiesen sind, dass uns auch die Menschen in anderen Ländern verstehen.

Meine Damen und Herren, nach 16 Jahren Afghanistan-Einsatz fragen sich viele Menschen: Ist es wirklich richtig, dass weiter deutsche Soldaten am Hindukusch stehen? Ich finde, wir wären nicht recht bei Trost, wenn wir mit dieser Frage nicht im wahrsten Sinne des Wortes ringen würden. Ich finde aber auch: Wir müssen zu unserer internationalen Verantwortung stehen und uns deshalb in der Frage des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan durchringen.

Ja, der Einsatz in Afghanistan ist und bleibt hochgefährlich und bei weitem nicht widerspruchsfrei. Wie schwierig die Sicherheitslage nach wie vor ist, haben in den letzten zwölf Monaten die verheerenden Anschläge auf unser Generalkonsulat in Masar-i-Scharif und unsere Botschaft in Kabul in dramatischer Weise gezeigt. Ja, Fortschritte bei der innerafghanischen Versöhnung bleiben weit hinter unseren Erwartungen und Hoffnungen zurück. Und ja, wenn die neue Administration in Washington weniger entschieden als in der Vergangenheit auf eine politische Lösung für Afghanistan setzt, dann verunsichert das die gesamte Region.

Ich weiß übrigens, dass auch in diesem Haus am Anfang das Setzen auf politische Lösungen zum Teil verlacht wurde. Ich kann mich jedenfalls noch gut daran erinnern, wie der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck

verhöhnt worden ist, als er darüber geredet hat, dass man auch mit den Taliban reden müsse. Hätte man das früher begonnen, wäre uns vielleicht manches erspart geblieben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Manche hier wird das, was dort passiert, in all ihren Vorbehalten gegen Militäreinsätze im Allgemeinen und diesen Einsatz im Besonderen bestärken. Es wird sie in der Haltung bestärken: Am besten holen wir unsere Soldatinnen und Soldaten möglichst schnell heim und beschränken uns auf Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechtsschutz und Bildungsarbeit. – Das ist eine ehrenwerte Position. Ich glaube aber, wer so argumentiert, der sollte sich nicht allzu sicher fühlen; denn würden wir so entscheiden, dann hieße das letztlich, dass auch die Bemühungen um Menschenrechte, Zusammenarbeit und Bildung schnell wieder in Gefahr gerieten und zerstört würden. Wir ließen die afghanische Bevölkerung im Stich, die ihre Hoffnung auf uns und die internationale Staatengemeinschaft setzt. Es hieße, den Schauplatz Afghanistan anderen zu überlassen, die sich vielleicht nicht wie wir von der Vision einer politischen Lösung leiten lassen. Und es hieße: Wir würden uns der großen Verantwortung für eine friedliche internationale Ordnung entziehen, die unserem Land in den letzten Jahren so sehr zugewachsen ist.

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Herr Minister, die Kollegin Dağdelen möchte gerne eine Kurzintervention machen. Gestatten Sie das?

(D)

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister des Auswärtigen:  
Selbstverständlich.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Nach der Rede!)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Ich hatte verstanden, sofort. Bitte sehr, dann machen wir das nach der Rede.

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister des Auswärtigen:  
Schade.

(Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Also doch. – Bitte sehr, Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

**Sevim Dağdelen** (DIE LINKE):

Uns fehlt niemals der Mut. Das ist anders als bei Ihnen, Herr Kollege.

Aber, Herr Gabriel, kommen wir zum Thema. Meine Kollegen hatten mich gebeten, Ihre Rede nicht noch zu verlängern. Deshalb hatte ich mich eigentlich zu einer Kurzintervention gemeldet, aber egal; ich sehe es dem Präsidenten nach. Ich möchte Sie nur um eines bitten: Zur Redlichkeit unter Kollegen gehört, Herr Gabriel,

**Sevim Dağdelen**

- (A) nicht zu behaupten, dass eine Kollegin oder ein Kollege etwas getan haben soll, was sie oder er nicht getan hat.

Ich habe in meiner Rede – das wissen Sie ganz genau – nirgendwo eine Organisation erwähnt, die von Ihnen erwähnt wurde, nämlich die PKK, die natürlich als Terrororganisation gelistet ist. Ich habe eine andere Organisation genannt, nämlich die kurdischen Volksverteidigungseinheiten, die YPG. In dem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, dass diese Bundesregierung heuchlerisch ist, weil sie einerseits sagt, dass diese Organisation, die auf keiner internationalen Terrorliste steht und deshalb auch keine verbotene Organisation ist, nicht dem Vereinsverbot unterliegt, es aber andererseits auf Wunsch des türkischen Präsidenten einen Erlass gibt, die Fahnen und Symbole dieser Organisation in Deutschland zu verbieten. Das hat mit dazu geführt, dass letzte Woche ein junger Wissenschaftler in München um sechs Uhr morgens von der Polizei geweckt wurde, um bei ihm eine Hausdurchsuchung durchzuführen, weil er auf Facebook mit diesen Kämpfern sympathisiert hat gegen die Barbaren des „Islamischen Staats“.

Die Kämpferinnen und Kämpfer der YPG kämpfen an Ihrer Seite gegen den IS. Sie kämpfen an der Seite der US-Amerikaner, und Sie unterstützen das.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ruhig werden!)

Ich finde es heuchlerisch, sich zum Büttel des türkischen Präsidenten zu machen, der von der Bundesregierung verlangt, die Kurden hier wegen ihrer Sympathie mit den Kämpfern gegen den IS in Syrien zu kriminalisieren. Das habe ich gesagt und nichts anderes.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur Redlichkeit gehört: Wenn Sie mich ansprechen, dann unterstellen Sie mir nichts, sondern sprechen Sie zur Sache. Finden Sie es richtig, dass hier die Fahnen und Symbole der YPG, die gegen den IS in Syrien kämpft, verboten werden? Beantworten Sie diese Frage, Herr Gabriel!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt aber! Das ist eine Frechheit hier!)

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister des Auswärtigen:  
Nein, es ist alles gut.

Ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar. Die Antwort lautet: Niemand aus der Bundesregierung verbietet das Tragen von Symbolen oder eine Vereinigung mit ihren Repräsentanten in Deutschland auf Druck von Herrn Erdogan.

(Beifall der Abg. Dr. Eva Högl [SPD])

Wenn Sie ausgerechnet mir den Vorwurf machen, ich würde mich Herrn Erdogan unterwerfen, dann, muss ich

sagen, entbehrt das nicht einer gewissen Form von Humor. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Bei Ihnen ist nach meinem Eindruck bei diesem Thema – –

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Eindrücke?)

– Ich habe Ihnen ganz ruhig zugehört. Machen Sie das doch umgekehrt auch; denn wir beide sind mutig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Bitte sehr!)

Ich habe klargemacht, wann man bei uns Organisationen verbietet. Das tun wir, wenn sie in diesem Land Kriminalität unterstützen. Ich habe auch gesagt, wen das betrifft. Dazu brauchen wir Herrn Erdogan nicht; das haben wir selbst gemacht. Zur YPG wiederhole ich: Niemand in diesem Land, schon gar nicht die Bundesregierung oder Länderregierungen, verbietet Organisationen, weil irgendjemand aus dem Ausland das von uns fordert. Insofern gibt es keinen Grund für den Vorwurf der Heuchelei, jedenfalls nicht an die Regierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Keine Antwort! – Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Ich bin ja gespannt, wie Sie begründen wollen, dass die YPG hierzulande – –)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Jetzt ist die Intervention beendet. (D)

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister des Auswärtigen:

Was glauben Sie, wie viel Lust ich auf eine Debatte hätte! Aber das gestattet mir der Präsident nicht.

Zurück zu dem Inhalt des Antrages. Meine Damen und Herren, wir sind nicht in Afghanistan, um einen politischen Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen. Das wäre zum Scheitern verurteilt. Wir sind auch nicht dort, um „blühende Landschaften“ zu schaffen. Das wäre eine naive Illusion. Wir sind schlicht und einfach dort, um die notwendige Stabilität dafür zu schaffen, dass die Afghanen selbst ihre Angelegenheiten im Rahmen eines Versöhnungsprozesses in die eigenen Hände nehmen können. Dafür aber braucht es zuallererst Sicherheit, zu der Resolute Support einen nach wie vor unverzichtbaren Beitrag leistet.

Die Mission ist weiterhin kein Kampfeinsatz. Sie wird weiter nicht unmittelbar an Terror- oder Drogenbekämpfung beteiligt sein. Wir dürfen keine Wunder erwarten. Aber was bei der Stabilisierung in den letzten Monaten trotz aller Rückschläge gelungen ist, gibt doch Grund zur Hoffnung. Die Taliban haben dieses Jahr keinen ernsthaften Angriff auf eine Provinzhauptstadt unternommen und keine Distriktzentren dauerhaft einnehmen können. Die afghanischen Streitkräfte sind dank der internationalen Unterstützung deutlich leistungsfähiger geworden. Dem IS ist es nicht gelungen, seinen Einfluss auszuweiten. Daran hat Resolute Support maßgeblichen Anteil.

**Bundesminister Sigmar Gabriel**

(A) Auch bei den politischen Reformen hat es zumindest Lichtblicke gegeben. Lassen Sie mich nur einen hervorheben: Präsident Ghani hat mit einem Gerichtshof für Korruptionsfälle, mit der Entlassung hochrangiger Beamter wegen Korruptionsvorwürfen und einer Antikorruptionsstrategie erste wichtige Zeichen gesetzt.

Vieles bleibt zu tun. Nächstes Jahr sollen endlich die überfälligen Parlamentswahlen stattfinden. Hier steht Afghanistan vor einer Herkulesaufgabe, aber eben auch vor einer Sicherheitsherausforderung. Wir wollen das nach Kräften unterstützen. Entscheidend ist – da gebe ich allen Kritikern des Militäreinsatzes recht –: Letztlich wird nur eine politische Übereinkunft die Lösung der gewaltsamen Konflikte in Afghanistan herbeiführen. Ein Friedens- und Versöhnungsprozess zwischen Regierung und Aufständischen wird aber nicht möglich sein, solange die Taliban darauf hoffen können, ihre Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen. Deshalb werden wir bis auf Weiteres nicht auf militärisches Engagement verzichten können. Der Abschluss des Friedensabkommens mit Hizb-e Islami von Herrn Hekmatjar zeigt: Frieden ist möglich. Dieser Frieden wird nur halten, wenn er ein festes Fundament hat: die in der afghanischen Verfassung garantierten Menschenrechte, insbesondere Frauen- und Kinderrechte, eine klare Abkehr von internationalen Terrorgruppen und schließlich ein günstiges Umfeld in der Region und darüber hinaus.

(B) All dies kann den Menschen in Afghanistan nur gelingen, wenn sie auf ein Mindestmaß an Stabilität und Sicherheit bauen können. Darum müssen wir ringen. Wir sollten uns zu dem, was notwendig ist, durchringen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Bundesregierung um Ihre Zustimmung zu diesem zugegebenermaßen außerordentlich schwierigen Mandat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Nächste Rednerin ist Bundesministerin Dr. von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin der Verteidigung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen war in Brüssel das Treffen der Verteidigungsminister zur Mission Resolute Support. Zusammengekommen sind alle 39 Nationen, die in Afghanistan Truppen stellen. In einem gesonderten Treffen trafen sich die 19 Länder, die gemeinsam mit uns, mit der Bundeswehr, im Norden die Verantwortung tragen. Die gemeinsame Analyse war sehr offen und eindeutig. Ja, es gab in Afghanistan eine Phase, in der die internationale Gemeinschaft zu sehr auf militärische Durchschlagskraft gesetzt hat und zu wenig auf ziviles Engagement und nötige politische Reformen. Ja, es gab eine Zeit, in der wichtige Verbündete ihren Abzug zu sehr nach dem heimi-

(C) schen Wahlkalender ausgerichtet haben und zu wenig nach den Notwendigkeiten vor Ort. Ja, das hat zu Rückschlägen und enttäuschten Erwartungen geführt.

Wenn man aber unter dem Strich sieht, was 16 Jahre Engagement für Afghanistan gebracht haben, und wenn man sich die Daten anschaut – das sind nicht unsere Daten, sondern die der Organisationen der Vereinten Nationen wie der WHO –, dann stellt man fest: Die Lebenserwartung ist von 45 Jahren auf rund 60 Jahre gestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in dieser Zeit verachtacht. Die Mütter- und die Kindersterblichkeit sind gesunken. An den Universitäten in Afghanistan gab es 2001 8 000 männliche Studenten. Heute sind es Hunderttausend studierende Männer und Frauen. Afghanistan ist nicht mehr die Brutstätte des internationalen Terrors. Deshalb waren wir uns einig: Wir haben vielleicht nicht immer alles richtig gemacht in Afghanistan. Aber heute steht das Land um ein Vielfaches besser da als 2001. Das gilt es zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(D) Die afghanische Armee und Polizei bringen im Kampf gegen die Taliban und – auch das ist inzwischen in Afghanistan der Fall – gegen die Nester des IS große Opfer. Die Bilder der brutalen Anschläge der Vergangenheit sind uns noch sehr präsent. Die afghanischen Sicherheitskräfte kontrollieren inzwischen zwei Drittel des Landes. Sie schützen dadurch fast 75 Prozent der Bevölkerung. Eines ist aber auch klar: Ohne die internationale Gemeinschaft, ohne die Beratung, die Ausbildung und vor allen Dingen ohne eine verlässliche Finanzierung würden afghanische Sicherheitskräfte und Polizei nicht durchhalten können. Aber ein stabiles Afghanistan kann letztlich nur durch einen politischen Prozess und Reformen erreicht werden. Dazu braucht es Sicherheit. Es geht darum, den notwendigen Druck auf die afghanische Regierung auszuüben, damit sie Reformen umsetzt. Es geht um ein entschlossenes Vorgehen gegen den Terror, und zwar nicht nur der afghanischen Regierung, sondern genauso auch der pakistanischen Regierung. Es geht darum, den klugen Ansatz eines funktionierenden Versöhnungsprozesses voranzutreiben, zumindest mit den Taliban, die bereit sind, zu sprechen; solche gibt es. Es geht auch darum, die Regionalmächte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in Afghanistan besser einzubinden.

Im kommenden Frühjahr wird in Afghanistan gewählt. Ich habe nicht vergessen, wie die letzte Wahl abgelaufen ist. Die Menschen sind trotz Lebensgefahr mit überwältigender Mehrheit an die Wahlurnen gegangen. 40 Prozent der Wähler waren Frauen. Man muss sich klarmachen: Das wäre unter den Taliban niemals denkbar gewesen. Das Erreichte zu sichern, auch das ist unsere Aufgabe, und dazu müssen wir zusammenstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deutschland trägt im Norden Afghanistans Verantwortung. Dort sind wir die verlässliche Rahmennation für 19 andere Nationen. Wir gehen unseren Weg gemeinsam: Wir bilden aus und beraten das 209. Korps. Unsere Partner im Norden Afghanistans verlassen sich auf uns,

**Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen**

- (A) genauso wie wir uns auf sie verlassen können. Wir haben nicht vergessen, dass es bei dem schrecklichen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar auch lettische und georgische Soldatinnen und Soldaten waren, die unseren deutschen Beamten das Leben gerettet haben. Deshalb muss es auch für uns eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir für unsere Partner im Norden zuverlässig sind.

Der Bundestag wird über all das gemeinsam beraten. Damit hierfür genügend Zeit ist, bitte ich um Unterstützung für die Verlängerung des in den wesentlichen Punkten unveränderten Mandats um drei Monate.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Als nächsten Redner rufe ich Dr. Alexander Gauland für die AfD auf.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Eberhardt Alexander Gauland (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Um Afghanistan die Perspektive auf eine friedliche Zukunft zu eröffnen, sind Schritte zur Verhinderung erneuter Anarchie im öffentlichen Leben vordringlich. ... Daher sollten Sicherheit und Ordnung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewährleistet ... werden.

(B)

Mit diesen Worten beantragte die Bundesregierung im Dezember 2001 das erste Mandat zur Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan. Inzwischen dauert der Krieg dort bald 17 Jahre an, und das, was als gutgemeinter Versuch begann, hat sich, um mit den Worten des Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes zu sprechen, als „Machbarkeitsillusion“ entpuppt.

Mit dem vorliegenden Antrag der Bundesregierung, den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan erneut zu verlängern, wird an diese Machbarkeitsillusion angeknüpft, anstatt endlich eine ehrliche Bilanz zu ziehen und das offensichtliche Scheitern des Westens am Hindukusch einzugestehen.

(Beifall bei der AfD)

Die Befürworter des Mandats – das hat die Ministerin gerade wieder angesprochen – werden nicht müde, zu betonen, dass es in Afghanistan auch punktuelle Erfolge gegeben hat; das wird gar nicht bestritten. Sie sagen, dass es dort inzwischen Medien gibt, dass es Wahlen gibt, dass mehr Menschen Zugang zu Trinkwasser und Strom haben. Noch nicht gesagt worden ist – das wird noch kommen –, dass mehr afghanische Kinder die Schule besuchen. Meine Damen und Herren, das mag alles stimmen; aber das war gar nicht die Aufgabe der NATO und auch nicht die Aufgabe der Bundeswehr in Afghanistan.

(Beifall bei der AfD)

Die Aufgaben waren die Herstellung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung und die Reform des Sicherheitssektors. (C)

Aber diese Machbarkeitsillusion ist an der Wirklichkeit gescheitert, und die Gesamtbilanz ist verheerend:

(Beifall der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Trotz der seit 2001 andauernden Versuche der internationalen Gemeinschaft, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen zu etablieren, gehört Afghanistan zu den korruptesten Ländern der Welt. Trotz der Bemühungen, den Opiumanbau zu unterbinden, der den Aufständischen als wesentliche Einnahmequelle dient, ist Afghanistan zum weltweit größten Produzenten von Opium aufgestiegen. Trotz der umfangreichen und über 15 Jahre andauernden Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte, trotz modernster Militärtechnologie aus dem Westen, Drohnenangriffen und Großoffensiven gibt es weder Besiegte noch Sieger in diesem Krieg. Weite Teile des Landes sind eben nicht unter der Kontrolle der Regierung. Die Anzahl ziviler Opfer ist höher denn je, und noch immer fliehen Hunderttausende Afghanen innerhalb der Landesgrenzen und auch nach Deutschland. Im Jahr 2000 stellten rund 5 400 Afghanen einen Asylantrag in Deutschland. Im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren, waren es 227 000 Asylanträge. Das sind 42-mal mehr als auf dem Höhepunkt der Herrschaft der Taliban.

(Beifall bei der AfD)

Und jetzt, verehrte Bundesregierung und Frau Verteidigungsministerin, wollen Sie erneut deutsche Soldaten zur Staatenrettung nach Afghanistan schicken, während afghanische Flüchtlinge auf dem Ku'damm Kaffee trinken, anstatt beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen. (D)

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der LINKEN)

Korruption, Drogen, Terroranschläge, Chaos und Flucht, das ist die Bilanz in Afghanistan. Im vorliegenden Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung der Resolute Support Mission in Afghanistan heißt es: Aufgabe der Mission ist es, „die afghanischen nationalen ... Sicherheitskräfte zu befähigen, ihrer Sicherheitsverantwortung nachzukommen“. Das, meine Damen und Herren, ist und bleibt eine Machbarkeitsillusion. Mehr noch: Es ist politischer Unsinn. Es ist der gleiche Unsinn wie die Aussage „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“.

(Beifall bei der AfD)

Nein, meine Damen und Herren, Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Doch!)

sondern an der deutschen und europäischen Außengrenze. Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag der Bundesregierung deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

**(A) Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Kollege Gauland, ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, dass dies Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag ist. Das hole ich hiermit nach.

(Beifall bei der AfD – Dr. Eberhardt  
Alexander Gauland [AfD]: Danke!)

Als nächster Redner hat nunmehr Alexander Graf Lambsdorff das Wort.

(Beifall bei der FDP)

**Alexander Graf Lambsdorff (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das deutsche Engagement in Afghanistan ist stark, es ist nachhaltig, und es ist getragen von dem Bewusstsein, wie gefährlich dieses Engagement ist. Genau aus diesem Grunde steht immer wieder eine Überprüfung an. Jedes Mal aufs Neue ist das nötig. Ich denke hier nicht nur an unsere Soldatinnen und Soldaten; ich denke auch an die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes. Auf das Generalkonsulat in Masar-i-Scharif, auf die deutsche Botschaft in Kabul hat es schwere Anschläge gegeben. Ich denke an unsere zivilen Aufbau- und Entwicklungshelfer, an die Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, die sich dort seit 16 Jahren engagieren, um den Menschen in Afghanistan zu helfen. Ihnen allen schulden wir Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

**(B)** Es ist schon eine lange Zeit, in der dort gearbeitet wird. Die Fortschritte, die Herr Gauland hier einfach mal so weggewischt hat, die punktuellen Erfolge, das sind ganz konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen in Afghanistan. All denen, die daran mitgearbeitet haben, gilt unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Afghanistan wird noch mehr politische Aufmerksamkeit, noch mehr entwicklungspolitisches Engagement, noch mehr militärischen Einsatz brauchen. Schon der Rückblick auf die Gründe für diesen Einsatz macht das deutlich. Die Anschläge vom 11. September auf das World Trade Center und die anderen Zielpunkte in den USA machen das deutlich. Lieber Herr Gauland, was sagen Sie eigentlich den Angehörigen der elf deutschen Opfer? Sie sagen ja: Wir gehen einfach aus Afghanistan raus, überlassen das Land wieder den Terroristen, damit das nächste 9/11 geplant werden kann. – Da sind auch Deutsche ums Leben gekommen. Das ist der Grund, warum wir uns dort engagieren.

Heute, meine Damen und Herren, geht es um die Verlängerung des Afghanistan-Mandats um drei Monate – drei Monate, die wir brauchen, um genau eine solche Überprüfung für die nächste Zeit, die nächste Phase zu unternehmen. Ein Abzug jedenfalls wäre logistisch, politisch und militärisch eindeutig unrealistisch; er wäre vor allem vollkommen verantwortungslos.

Die FDP bekennt sich zum Afghanistan-Engagement, aber – das will ich hier deutlich sagen – was dieses Parlament braucht, sind eine kritische Bestandsaufnahme und eine Bewertung des bisher Erreichten und auch des Nicht-Erreichten. Mir ist völlig unverständlich, dass der Fortschrittsbericht für Afghanistan durch die Große Koalition abgeschafft worden ist. Das muss sich ändern. Die Amerikaner machen das anders. Sie haben jedes Jahr einen Bericht des Sonderberichterstatters für Afghanistan der amerikanischen Regierung. Das könnte ein Vorbild für die Bundesregierung sein, sodass auch der Deutsche Bundestag in vollem Umfang über das unterrichtet ist, was in Afghanistan gut läuft und was weniger gut läuft, wenn wir über die nächste Mandatsverlängerung diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern die Bundesregierung auf, jährlich einen Evaluierungsbericht vorzulegen. Das sind wir all denen schuldig, die in den vergangenen 16 Jahren versucht haben, die Lage im Land zu verbessern.

Im Jahre 2015, meine Damen und Herren, ging die alleinige Sicherheitsverantwortung von der NATO und ihren Partnern auf die afghanische Regierung über. Das funktioniert allerdings bisher nur teilweise. Die afghanische Regierung und die Zivilbevölkerung haben seit der Übernahme der Sicherheitsverantwortung auch schwere Jahre durchlebt. In Teilen Afghanistans sind die Taliban wieder erstarkt. Das können und wollen wir nicht akzeptieren. Gerade deshalb ist unsere Unterstützung der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte so notwendig.

Die internationale Gemeinschaft hat gemeinsam mit Afghanistan beim Aufbau staatlicher Institutionen und der Zivilgesellschaft einiges erreicht. Aber das kann eben nur dort dauerhaft bewahrt werden, wo die afghanischen Sicherheitskräfte wirklich in der Lage sind, Sicherheit und Stabilität eigenständig zu gewährleisten; nur dort können die Zonen regionaler Sicherheit größer und dauerhafter werden. Das, meine Damen und Herren, reduziert dann auch den Druck, aus Afghanistan auszuwandern. Wir haben weniger Flüchtlinge, nicht mehr, wenn wir unser Engagement verantwortungsvoll fortsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Beteiligung an der NATO-Mission Resolute Support ist ein zentraler Beitrag für die Zukunft Afghanistans. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Land erneut ein sicherer Hafen für Terroristen wird, von dem eine Bedrohung der Region und des Rests der Welt ausgeht. Wir haben eine Verantwortung für die Menschen im Land übernommen. Zu dieser Verantwortung stehen wir. Jetzt gilt es, klare Fortschritts- und Erfolgskriterien zu definieren und international abzustimmen. Dazu wollen wir einen Bericht der Bundesregierung. Wir als Freie Demokraten stimmen der Überweisung in den Hauptausschuss zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**(A) Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Heike Hänsel für die Fraktion Die Linke. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Heike Hänsel (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! 16 Jahre führt die NATO jetzt in Afghanistan Krieg – mit deutscher Beteiligung.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Schon einmal falsch!)

George Bush rief 2001 mit seinen Bündnispartnern global den sogenannten Krieg gegen den Terror aus, an dem sich seitdem alle Bundesregierungen beteiligt haben; übrigens hätte auch eine mögliche Jamaika-Koalition diesen Krieg fortgesetzt. Auch damit hätten wir keine große Änderung dieser Politik hier erlebt.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

Laut einer Studie der Ärzteorganisation IPPNW sind allein in Afghanistan mindestens 220 000 Menschen getötet worden, in Pakistan 80 000, und im Irak sind über 1 Million Menschen direkt getötet worden oder an den Kriegsfolgen gestorben. Dieser globale Krieg der NATO bedeutet Terror für Millionen Menschen und züchtet immer nur neuen Terror. Die Welt ist nicht sicherer, sondern unsicherer geworden. Das zeigen auch mehr und mehr die Terrorangriffe in den westlichen Metropolen. Die Linke hat sich immer gegen diesen globalen Krieg gestemmt. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Für Afghanistan heißt das, dass über 2,5 Millionen Menschen ins Ausland geflohen sind und 1,2 Millionen Menschen im Land auf der Flucht sind. Afghanistan zählt weiterhin zu den ärmsten Ländern der Erde und hat eine der korruptesten Regierungen der Welt. Die Sicherheitslage ist besorgniserregend.

Was Sie, Frau von der Leyen, in Ihrer Märchenstunde hier – das muss ich wirklich sagen – für ein Bild von Afghanistan gezeichnet haben, ist wirklich skandalös.

(Beifall bei der LINKEN)

Das deutsche Generalkonsulat ist geschlossen, und die deutsche Botschaft ist nach einem schweren Anschlag, bei dem mehr als 160 Menschen getötet wurden, ebenfalls geschlossen. Die Vereinten Nationen haben allein in diesem Jahr offiziell über 8 000 Zivilisten registriert, die entweder getötet oder verwundet wurden. All diese Zahlen zeigen doch: Die NATO hat in Afghanistan nichts verloren. Sie muss abziehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Stattdessen will sie jetzt den Krieg verschärft, wie von US-Präsident Donald Trump angeordnet, weiterführen. Einen Abzugstermin gibt es nicht, und die USA sagen selbst, dass ihre neue Afghanistan-Strategie lautet: mehr Luftangriffe und verdeckte Operationen für den Versöh-

nungsprozess. Sie wollen die Taliban nach eigenen Aussagen an den Verhandlungstisch bomben. Ist das eine politische Lösung für Afghanistan? Da kann ich nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern stattdessen, dass die Bundeswehr sich an dieser verschärften Kriegsführung nicht beteiligt und dass sie vollständig aus Afghanistan abgezogen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen ebenfalls, dass die US-Drohnenmorde in Afghanistan zur Verschärfung der Situation beitragen, dass sie viel Hass schüren und dazu führen, dass die Taliban immer mehr neue Kämpfer rekrutieren können. Dieser Drohnenkrieg wird unter anderem auch von der US-Air-Base Ramstein geführt, überwacht, gesteuert. Das gilt auch für AFRICOM Stuttgart. Damit sich die Bundesregierung nicht weiter der Beihilfe für extralegale Tötungen schuldig macht, wollen wir, dass Air Base Ramstein und das Hauptquartier von AFRICOM geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Besonders heuchlerisch, das muss ich sagen, ist Ihre Argumentation, Frau von der Leyen, dass die Bundeswehr zur Stabilität und Sicherheit in Afghanistan beitragen soll, womit der afghanischen Zivilbevölkerung vor Ort geholfen würde. Wenn aber afghanische Flüchtlinge hierherkommen, dann wird ihnen nicht geholfen, dann werden sie abgeschoben. Eine Rückkehr nach Afghanistan kann aber den Tod bedeuten. Das ist eine menschenverachtende und skandalöse Politik. Wir fordern, dass diese Abschiebungen gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie selbst können auch gar nicht folgerichtig argumentieren. Einerseits sagen Sie, dass die Bundeswehr deshalb in dieses Land geschickt wird, weil die Sicherheitslage dort so gefährlich und instabil ist. Andererseits schicken Sie Menschen und Familien in dieses Land zurück. Hier zeigen Sie offene Widersprüche. Eine solche Politik ist wirklich verwerflich, skandalös und unmenschlich.

Wir werden das nicht unterstützen, und wir setzen uns dafür ein, dass die Abschiebungen gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Nächster Redner ist Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gauland, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, als Sie gesagt haben, unter den Taliban hätte es weniger Flüchtlinge nach Deutschland gegeben. Ich frage Sie: Hätten wir ernsthaft darauf verzichten sollen, dieses verbreche-

**Jürgen Trittin**

- (A) rische, terroristische Regime auch mit militärischer Gewalt zu stürzen? Das ist doch die Frage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde, dass wir diese Frage richtig beantwortet haben.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Die CIA hat die Taliban gestärkt!)

Diese Antwort bringt uns in eine bestimmte Verantwortung und führt zu der Geschichte eines schwierigen Einsatzes.

Ich will an dieser Stelle eines sagen: Wenn man 16 Jahre dieses miterlebt hat, dann muss man doch einmal herangehen, aufzuhören, die Situation schönzureden, liebe Frau von der Leyen. Wenn man zu seiner Verantwortung steht, dann muss man sich an der Stelle ehrlich machen.

ISAF haben wir nicht geordnet zu Ende bringen können. Wenn ich mir die Bilanz von RSM ansehe – Graf Lambsdorff, es gibt gar nicht so viele Zweifel an den Fakten –, dann kann ich sagen: Die Zahl der zivilen Opfer ist, so die Vereinten Nationen, so hoch wie nie zuvor. Die afghanische Regierung kontrolliert weniger als 60 Prozent des Landes. Inzwischen hat die GIZ fast ihr gesamtes Personal aus Kabul abgezogen. Das alles geschieht mit RSM und trotz RSM und ist nicht neu.

Es wurde bisher immer nur eine Antwort gegeben: mehr von dem Gleichen. – Nachdem man ISAF nicht ordnungsgemäß beendet hatte, hat man gesagt: Wir machen noch zwei Jahre RSM. Jetzt ist man dazu übergegangen, RSM zu entfristen. Man richtet sich auf eine Dauerpräsenz am Hindukusch ein. Die Verteidigungsministerin möchte die Mission sogar aufstocken. Das geschieht in einer Situation, in der Donald Trump auftritt und in der Sackgasse, in der wir alle uns in Afghanistan befinden, verspricht, Vollgas zu geben: „We are not nation-building ... We are killing terrorists.“ Das ist eine brandgefährliche Rambo-Strategie.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausweitung von Drohnenangriffen und Ähnlichem wird dieses Problem nicht lösen. Wenn der CIA-Direktor verspricht, man müsse aggressiv vorgehen, um die Mission zu erfüllen, dann wird das nur ein Ergebnis haben: nicht die Lösung des Konfliktes, sondern seine Eskalation. Dieser Konflikt – das hat der Bundesaußenminister zu Recht gesagt – ist militärisch nicht zu lösen. Wenn Sie sich auf Kurt Beck an dieser Stelle beziehen: Welche Konsequenz haben Sie denn daraus gezogen?

Wir waren da als internationale Gemeinschaft übrigens schon einmal weiter. Wir haben nicht nur mit den Taliban gesprochen, sondern deutsche Diplomaten haben den Taliban ein Büro am Golf eingerichtet,

(Zuruf von der AfD: Super!)

damit solche Gespräche stattfinden können. Das Ergebnis war, dass wir mit dieser Strategie aufgehört haben. Die Strategie hatte nämlich einen ganz einfachen Ansatzpunkt, der lautete: Es wird eine politische Lösung nur geben, wenn es dort auf Dauer weniger internationale

Truppen gibt. Das war die Voraussetzung für eine politische Lösung. (C)

Deswegen sagen wir: Wir brauchen für ein solches Mandat eine Abzugsperspektive. Auch wir sind der Auffassung, dass man dieses Land nicht einfach fluchtartig verlassen kann. Wir haben Verantwortung zu tragen. Aber es bedarf eines geordneten Prozesses. Es ist das Gegenteil eines geordneten Prozesses, wenn man an der Seite von Donald Trump in einen neuen eskalierenden Kriegseinsatz einziehen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, sehr geehrter Herr Gabriel, irgendwo zwischen Opposition und Regierung, wo sich die SPD gerade befindet

(Sigmar Gabriel, Bundesminister: Ihr ja auch!)

– wir sitzen da ganz gut, mein Lieber –: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute ein Mandat mit genau dieser Abzugsperspektive, über die wir alle – CDU/CSU, SPD und wir – uns übrigens einmal einig gewesen sind, vorgelegt hätten, damit wir überhaupt zu einer politischen Lösung kommen können. Sie haben stattdessen immer noch vom Gleichen geredet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Als nächster Redner hat der Kollege Florian Hahn für die CDU/CSU das Wort. Bitte sehr. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Florian Hahn (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeswehr ist seit ihrer Gründung 1955 eine Parlamentsarmee. Das ist eine Besonderheit; nur wenige Staaten haben ihre Streitkräfte so organisiert. Diese Institution, so wie wir das organisiert haben, ist für unsere Demokratie besonders prägend.

Die Beziehung Parlament/Bundeswehr ist in diesem Hohen Hause sichtbar und spürbar, auch heute mit den Soldatinnen und Soldaten, die beispielsweise auf den Zuschauertribünen unserer Debatte folgen, mit dem Wehrbeauftragten als Hilfsorgan des Deutschen Bundestages, der auch bei diesen Debatten regelmäßig dabei ist, mit den Beratern der Bundesregierung, die hinter den Regierungsbänken im Raum sitzen, und natürlich mit den unzähligen Kolleginnen und Kollegen – noch vor allem Kollegen, aber das wird sich vermutlich auch ändern –, die selbst Angehörige der Bundeswehr waren oder sind, die als Reservisten aktiv sind und die deswegen eine besondere Affinität dazu haben. Aber auch die Kollegen – das darf ich vielleicht aus acht Jahren Erfahrung sagen –, die nicht selbst Angehörige der Bundeswehr waren, fühlen sich unseren Soldatinnen und Soldaten in diesem Land im Besonderen und überaus verpflichtet.

Zu sagen, wir würden die Soldaten vergessen, ist mindestens Unwissenheit oder kleingeistig, Herr Kollege Kleinwächter. Ich kann, glaube ich, für viele hier in



**Florian Hahn**

- (A) diesem Haus sagen: Dieses Parlament hat es sich noch nie einfach gemacht, Soldatinnen oder Soldaten in die Einsätze zu schicken. Wir werden das auch in Zukunft nicht tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Viele politische Parteien und Fraktionen haben dabei ihre eigene Identität riskiert. Es ist eine Unverschämtheit, deswegen zu sagen, wir würden uns das hier zu leicht machen.

Um der wichtigen Aufgabe als Parlament für die Bundeswehr gerecht zu werden, ist es wichtig, dass wir die bald auslaufenden Mandate um drei Monate verlängern. Deutschland sendet damit ein klares Signal, dass unabhängig von Wahlen und Regierungsbildungsprozessen die internationalen Engagements zuverlässig und stabil erfüllt werden. Das ist unser Auftrag und unsere Verantwortung als Parlament in diesem Augenblick. Zu dieser Verantwortung gehört, stabile und verlässliche Säule in unseren Bündnissen zu sein.

Beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister Anfang des Monats wurden die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes, die Aufstockung der eingesetzten Streitkräfte sowie die Ausweitung der Ausbildung auf die mittleren und unteren Ebenen der afghanischen Sicherheitskräfte beschlossen. Außerdem ist es sehr zu begrüßen, dass sich die USA nun ebenfalls auf den „condition based“-Ansatz verständigt haben. Wir können den Afghanen die Sicherheitsverantwortung erst nach Erfüllung der strategischen Ziele und nicht anhand festgelegter starrer Zeitlinien überlassen. Es ist eindeutig: Die Aufstockung ist zwingend erforderlich, da die Sicherheitslage am Hindukusch immer prekärer wird. Die Taliban und andere Aufständische kontrollieren bereits einige Distrikte in Afghanistan. Kunduz, aber auch andere Städte im Norden geraten immer wieder unter Druck. Dazu kommt, dass sich der „Islamische Staat“ ebenfalls ausbreiten konnte oder zumindest zu einer Bedrohung für die schiitischen Minderheiten im Land geworden ist.

- (B) Die Sicherheitsvorkehrungen für die Einsätze von Beratern haben sich ebenfalls derart verschärft, dass längst nicht mehr alle Beratungseinsätze durchgeführt werden können. Wie wir die Aufstockung im Rahmen der NATO genau aufteilen, ist noch nicht klar. Was jedoch klar sein dürfte: Deutschland darf sich als zweitgrößter Truppensteller und als Rahmennation, als Partner von 18 weiteren Partnern nicht wegducken. Wenn es keine leere Parole bleiben soll, dass Deutschland gemeinsam mit Europa mehr Verantwortung in der Welt übernimmt, muss das gerade auch für Afghanistan gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Außerdem ist es für die Sicherheit unserer Bundeswehr ebenfalls wichtig, dass wir aufstocken. Gerade in Kunduz ist es sehr fraglich, ob wir mit 50 Soldatinnen und Soldaten gleichzeitig die Schutzkomponente und den Ausbildungsauftrag aufrechterhalten können.

Sehr geehrte Kollegen, wir haben in Afghanistan für die Menschen – die Ministerin hat das vorhin ausge-

führt – viel erreicht. Afghanistan ist noch nicht so weit, um es allein zu lassen. Wir müssen dieser Verantwortung gerecht werden. In diesem Sinne hoffe ich auf die Beratungen in den nächsten Wochen. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Damit sind wir am Ende der Debatte.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/21 an den Hauptausschuss vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe von der AfD: Nein!)

– Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung an den Hauptausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen der AfD – –

(Zurufe von der AfD: Durchzählen!)

– Ich habe deutlich gesehen, dass die Mehrheit in diesem Haus bei Gegenstimmen der AfD für die Überweisung gestimmt hat. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 5:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU-/VN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolution, zuletzt 2363 (2017) vom 29. Juni 2017** (D)

**Drucksache 19/19**

Überweisungsvorschlag:  
Hauptausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Als erster Redner hat der Parlamentarische Staatssekretär Ralf Brauksiepe für die Bundesregierung das Wort. – Herr Staatssekretär.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Ralf Brauksiepe**, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung:

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2007 leistet die United Nations Hybrid Operation in Darfur, UNAMID, einen wichtigen Beitrag, um den langjährigen Konflikt im Sudan um die Region Darfur zu lösen. Seit dem Jahr 2008 beteiligt sich Deutschland mit den von der Mandatsobergrenze her erlaubten bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten an dieser Mission. Aktuell sind sieben deutsche Soldatinnen und Soldaten bei UNAMID im Einsatz. Sie dienen im Hauptquartier in al-Fashir und unterstützen die Missionsführung von UNAMID bei der Umsetzung ihrer anspruchsvollen Aufgaben.